



Drucksachen-Nr.

0279/2025-2030

Datum:

07.01.2025

An die Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld

Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	22.01.2026	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Anzahl, Meldestatus und Kosten der Asylsuchenden in Bielefeld

Sachverhalt:

In Verbindung mit Gewaltdelikten kam es zu Berichten, dass Asylbewerber in Bielefeld abgelehnt wurden, sich also unrechtmäßig in Deutschland aufhielten und dennoch in der Folge Straftaten begehen konnten (s. z. B. Solingen, 2024). Die Bielefelder Bürger tragen die Kosten für den Aufenthalt ausreisepflichtiger Personen.

Frage:

Wie viele Personen, die angeben, Schutz zu suchen (inkl. derer mit Sonderstatus), sind derzeit in Bielefeld gemeldet? Bitte schlüsseln Sie diese absteigend nach Häufigkeit ihrer Staatsangehörigkeit auf und gliedern Sie anschließend innerhalb jeder Staatsangehörigkeit nach dem jeweiligen Meldestatus.

Zusatzfrage 1:

Auf welche Summe belaufen sich die jährlichen Zahlungsansprüche aller Personen, die angeben, Schutz zu suchen und in Bielefeld gemeldet sind? Bitte schlüsseln Sie diese absteigend nach den Gesamtkosten je Staatsangehörigkeit auf.

Zusatzfrage 2:

Bestehen aus Sicht der Ausländerbehörde Bielefeld derzeit Defizite bei der Realisierung vollziehbarer Abschiebungen, etwa aufgrund politischer Hürden, personeller

Kapazitäten, Ressourcen oder der Koordination mit der Landes- bzw. Bundespolizei?

Unterschrift:

gez.
Dr. Florian Sander
Vorsitzender AfD-Ratsfraktion Bielefeld